Nachts eingegangen.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Dresden. Wasserstand 12 Uhr Nachts 174 Cm. über Null.

Aussig. Wasserstand 8 Uhr früh 230 Cm. über Null; 7 Uhr Abends 300 Cm. über Null.

Posen, 27. März. In Folge Unterwaschung durch das Warthe-Hochwasser ist die Fluthbrücke zwischen Gulewin und Falkstädt unfahrbar. Der direkte Bahnverkehr Posen-Kreuzburg ist bis auf Weiteres unterbrochen.

Paris, 27. März. Die Radikalen drängen, noch vor den parlamentarischen Osterferien durch eine Interpellation den Rücktritt des Kabinets Tirard herbeizuführen und die Bildung eines starken, sämmtliche republikanische Fraktionen enthaltenden Ministeriums zu ermöglichen. Die opportunistische Fraktion will heute darüber berathen. Die gleichzeitige Freisprechung Wilson's und die Verurtheilung Boulanger's werden von den französischen Hetzblättern gehörig ausgebeutet.

Amsterdam, 26. März. In Folge der Ministerkrisis und der Unmöglichkeit, ein neues Ministerium zu bilden, hat der König beschlossen, die eben gewählte zweite Kammer aufzulösen.

Breslau, 27. März. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per März 46,00, April-Mai 46,00, Mai-Juni 47,00, do. 70 M. pr. März 28,00. Roggen per März 109,00, pr. April-Mai 109, Mai-Juni 113,00. Rüböl per März 46,00, April-Mai 45,50. Zink: umsatzlos. Spiritus 70er April-Mai 28,00. — Schön.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden, 1888.

Meyer's Schlafröcke von 12 Mk. an, Saccos, Jaquets, Joppen, Havelocks, Staubmäntel.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstrasse 4 u. 5.

Hermann Jung,
Marchand Tailleur.
Vom April an: **König Johannstr. 19.**

Schuhwaaren in bester Ausführung
☞ meist Handarbeit ☜
empfiehlt in grosser Auswahl zu soliden Preisen
F. W. Müller, Schuhmachermeister,
17 Wettiner Strasse 17.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Prof. Dr. Jäger's **Original-Normal-Leibwäsche** empfiehlt Jean Schieme Nachf.,
Neustädter Rathhaus.

Nr. 88. Spiegel: Kronprinz Wilhelm bei den Staatsgeschäften, Vorgänge in Frankreich. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen und Schluß, Gerichtsverhandlungen. Domchorconcert, Preisvertheilung am Conservatorium. **Mittwoch, 28. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Die Betheiligung des Kronprinzen Wilhelm an den Regierungsgeschäften ist das Ergebniß einer längeren Unterredung, die Fürst Bismarck mit Kaiser Friedrich hatte. Wäre es zu einer wirklichen Regentschaft gekommen, so besagt die Verfassung ausdrücklich, daß sie von demjenigen „volljährigen Agnaten, welcher der Krone am nächsten steht, zu übernehmen ist". Das ist unzweifelhaft der Kronprinz; ein weibliches Mitglied des preußischen Herrscherhauses ist unbedingt ausgeschlossen; in Preußen wie in der Mehrheit der europäischen Staaten gilt das salische Gesetz; nur Spanien und England machen von diesem Gesetze eine Ausnahme, aber ausländische Thronfolgerechte haben in Deutschland keine Geltung. Daß aber nur männliche Mitglieder des preußischen Herrscherhauses zu der äußerlich sichtbar werdenden Theilnahme an den Staatsgeschäften berufen werden können, folgt aus Obigem mit Nothwendigkeit. Kronprinz Wilhelm bereitet sich durch persönliche Theilnahme an den Staatsgeschäften auf seine künftige Kaiserwürde vor. Auch das Regieren will praktisch erlernt sein. In den inneren und äußeren Dienst wurden in Preußen, wie anderwärts auch, die Kronprinzen schon zeither eingeführt; sie arbeiteten in der bürgerlichen Verwaltung aber mehr, um die Einzelheiten des Betriebes kennen zu lernen und das Urtheil zu üben. Jetzt aber wird der Kronprinz auf die höchsten Staatsgeschäfte den entscheidenden Einfluß ausüben und er ist Mannes genug, anderweitige Einflüsse auszuschließen. Hierbei darf er der thatkräftigen Unterstützung des Reichskanzlers gewiß sein, dessen glühender Verehrer der Kronprinz schon von Kindesbeinen an ist. Diese Umstände, sowie die Thatsache der Betrauung gerade des Kronprinzen mit den Staatsgeschäften selbst haben freilich die Erwartungen der Deutschfreisinnigen gründlich enttäuscht. Von einem Umschwunge, der mit Kaiser Friedrich's Regiment eintreten sollte, reden sie schon gar nicht mehr. Auch mit dem Fallenlassen Bismarck's durch Kaiser Friedrich ist es Nichts. Sie haben vergebens den neuen Kaiser gewarnt, „daß er nicht auch in die Hände des eisernen Kanzlers gerathe, wie weiland Kaiser Wilhelm". Nun dämmert auch ihnen die Erkenntniß, daß „auch der mächtigste Monarch an geschichtliche Voraussetzungen gebunden ist, und daß diese sich ungewöhnlich stark erweisen müssen in einem noch jungen, von auswärtigen Feinden bedrohten Staatswesen, wie das Deutsche Reich, und einem Manne gegenüber, der an der Schöpfung dieses Reiches einen wesentlichen Antheil gehabt und seit der Gründung desselben an der Spitze der Staatsgeschäfte gestanden hat".

Daher begegnet man in der deutschfreisinnigen und demokratischen Presse nicht mehr den versteckten Aufforderungen an Kaiser Friedrich, sich von dem „übermächtigen Hausmeier" Bismarck zu trennen, sondern nur noch den wehmüthigen Seufzern, daß in Anbetracht der äußeren Politik Fürst Bismarck „zur Zeit" noch unentbehrlich sei. Also: „Reichskanzler z. Z." Man braucht gar nicht einmal konservativ zu sein, sondern nur noch einen Funken patriotischen Empfindens zu haben, um sich angewidert zu fühlen von dem Treiben einer Presse, welche die großen Interessen des Vaterlandes ihren eigenen Parteiinteressen hintansetzt. Zum Glück sind die Dinge mächtiger als die erbärmlichen Machenschaften dieser Leute. Es bleibt dabei, was Kaiser Friedrich verheißen hat: er wandelt weiter in den Pfaden seines erhabenen Vaters, er behält die bewährteste Stütze seines Vaters bei und zwar nicht blos „z. Z."; er verabschiedet auch nicht die treuen Räthe seiner Krone, um Platz zu schaffen für die gehorsamen Diener der internationalen Hochfinanz. Fürst Bismarck hält darauf, daß nicht englische Grundsätze in das feste Gefüge der preußischen Monarchie eindringen. Kronprinz Wilhelm schult und übt seine feste Hand nach seinem bewährten Rathe. Indem Kaiser Friedrich seinem ältesten Sohne großen Antheil an den Staatsgeschäften einräumte, handelte er wie ein umsichtiger, Alles vorsichtig bedenkender Familienvater. Und nun, nachdem er dies gethan, wendet er sich wieder mehr dem zu, wozu ihn sein Herz treibt: seine Regierungszeit durch Spenden reicher und großer Gnaden zu bezeichnen.

Wie nothwendig dem Deutschen Reiche eine feste Hand ist, daran wird man durch die Zustände in Frankreich dringlich gemahnt. Die beiden am vorigen Sonntag dort vorgenommenen Ergänzungswahlen in die Deputirtenkammer tragen geradezu einen vulkanischen Charakter. Stünden jetzt allgemeine Kammerwahlen bevor, so würde der Kampf nur um die beiden Extreme toben: Anarchie oder Diktatur. Denn am Nordende des Landes haben die Wähler sich für den boulangistischen Cäsarismus, am Südende sich für die rothe Kommune entschieden. In Marseille erhielt Felix Pyat, einer der bösartigsten Kommunarden, der seit den Schreckenstagen der Kommunherrschaft 1871 vom politischen Schauplatz verschwunden war, 40,000 Stimmen. Für diesen Erzrevolutionär stimmten im 2. Wahlgange auch die Radikalen, die sich zu den Kommunarden ungefähr so verhalten, wie in Deutschland die Sozialdemokraten zu den Anarchisten. Es ist auch in Frankreich das alte Lied: Art läßt nicht von Art. Die gewaltthätigere Richtung unterwirft sich eben überall die sog. maßvollere und nöthigt sie, ihren Geboten zu gehorchen. Das ist die naturgemäße, unaufhaltsame Entwickelung. Da ein Gewaltmensch wie Pyat die besten Aussichten auf einen baldigen Ausbruch einer Revolution liefert, so laufen ihm auch diejenigen Massen zu, die bisher eine Verbesserung ihrer Lage auf gesetzmäßigem Wege erstrebten. Der gemäßigte Republikaner brachte es in Marseille nur auf 12,000 Stimmen, während der Monarchist, der offen die Thronbesteigung Philipp's forderte, selbst in dem durch und durch unterwühlten Marseille die ansehnliche Zahl von 23,000 Stimmen auf sich vereinigte. Für Boulanger hatte sein Wahlkomitee 500,000 Stimmzettel nach Marseille geschickt; doch haben davon nicht 1000 Wähler Gebrauch gemacht, angeblich, weil die Stimmzettel wegen Mangels der Angabe des Druckers polizeilich beschlagnahmt wurden. Man sieht aber aus der Sendung selbst, was man von der Versicherung des Boulanger-Wahlkomitees zu halten hat, daß es alle Kandidaturen des Generals Boulanger zurückziehe. Er hat vielmehr alle Thatkraft auf dessen Durchbringung im Aisne-Departement vereinigt. Der Wurf gelang nicht beim ersten Anlauf, er wird aber beim zweiten Wahlgange umso sicherer gelingen. Zu Laon fehlten Boulanger zur absoluten Mehrheit nur 6000 Stimmen; aber seine Gegner, die 24 und 27,000 Stimmen für ihre beiden Kandidaten aufbrachten, werden sich nicht verständigen und so wird am nächsten Sonntag Boulanger, der jetzt schon 45,000 Stimmen erhielt, mit über 50,000 gewählt werden. In Laon waren schon früher die Bonapartisten sehr stark; es ist anzunehmen, daß sie den Stamm seiner 45,000 Stimmen bildeten und daß ihm bei der Stichwahl noch viele Tausende von Monarchisten zuströmen, die es nicht über sich bringen können, für einen Radikalen zu stimmen. Boulanger muß, um in die Kammer eintreten zu können, zuvor gänzlich aus dem Heere ausgeschieden sein. Man nimmt an, daß das Urtheil des Untersuchungsrathes auf seine Versetzung in den Ruhestand lautet. Man nennt es mise en retraite, schlichter Abschied mit Pension. Boulanger erschien vor seinen Richtern persönlich. Seine Vernehmung dauerte nur 10 Minuten. Nach seiner Entfernung faßte der Untersuchungsrath seine Entschließung, die einstweilen noch geheim gehalten wird. Sie wird zuvor dem Präsidenten der Republik mitgetheilt. Ob nun Boulanger in die Kammer tritt oder nicht, gleichviel, für die Republik ist die ernsteste Stunde angebrochen. Wer will die Franzosen darob schelten, wenn sie sich von dieser Staatsreform angeekelt fühlen? Den Widerwillen dagegen muß die soeben erfolgte Freisprechung Wilson's verstärken. Die Appellation dieses Ehrlosen war erfolgreich. Die Oberinstanz vernichtete das Urtheil des Zuchtpolizei-Gerichts. In der Urtheilsbegründung werden die Wilson und den anderen Beschuldigten zur Last fallenden Thatsachen des Ordensschachers strenge verurtheilt; in der Erwägung jedoch, daß diese Thatsachen unter kein bestehendes Gesetz fallen, wurde gegen Wilson und die übrigen Angeklagten mit dem Freispruche vorgegangen. Das ist ein schmachvolles Vorgehen. Das Untergericht hatte ausdrücklich einen Betrug Wilson's in dem einen Falle erkannt, daß er die Ehrenlegion versprochen hatte, obwohl ihm deren Verleihung nicht zustand. Das sich nicht an den Geist des Gesetzes, sondern an den Buchstaben haltende Obergericht findet diesen abscheulichen Vorgang ganz unverfänglich. Alle ehrlichen Franzosen werden sich befaubt an den Kopf greifen. Das ist so die richtige Stimmung, um an einem Staate, in dem solche Dinge möglich sind, zu verzweifeln. Boulanger allein zieht davon Nutzen; er darf hoffen, der Republik den Genickstoß zu versetzen. Ob er auch ihr Erbe oder nur der Platzhalter für einen Bonoparten oder Orleans ist, das ist noch nicht klar.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 27. März

Berlin. Der Kaiser hatte eine sehr gute Nacht, vielleicht die beste, seitdem er San Remo verlassen hat. Es fand nur eine einzige durch Husten verursachte Unterbrechung des Schlafes statt. Der Appetit war vortrefflich und das Körpergewicht ist zunehmend. — An der Börse circulirte heute ein den hiesigen Bankfirmen durch Rohrpostkarten zugegangenes Gerücht des Inhaltes: Fürst Bismarck hat einen starken Schlaganfall gehabt. Sein Zustand ist bedenklich. Die Karten trugen die Unterschriften der beiden Reichsbank-Präsidenten Dechend und Koch, deren Schriftzüge ziemlich getreu nachgeahmt waren. In der That befindet sich der Reichskanzler vollkommen wohl. Die Untersuchung ist im Gange.

Berlin. Der Staatssecretär Graf Herbert von Bismarck erhielt vom Zaren den Alexander-Newski-Orden. — Die „Kreuz-Ztg." spricht ihre Vermuthung dahingehend aus, der Kaiser Friedrich werde selbst seinem erhabenen Vater ein Standbild errichten wollen, zugleich als Gabe für das deutsche Volk. Ihre Meinung geht dahin, ein Reiterbild des Kaisers Wilhelm auf dem Pariser Platze zu errichten — der Fürst seinem Volke — und einen Kaiser-Wilhelms-Dom am Lustgarten — Deutschland seinem Kaiser. — Im amtlichen Bericht über die gestrige Bundesrathssitzung findet sich folgende Stelle: Bei der Ueberweisung der Denkmals-Angelegenheit gab der Bundesrath seiner vollen Zustimmung zu dem durch Beschluß des Reichstags erstrebten Ziel Ausdruck. — Der Bundesrath genehmigte eine Bekanntmachung, wonach vom 1. Juli 1888 ab, vorbehältlich der Gestattung von Ausnahmen für einzelne Grenzbezirke, fremde Scheidemünzen weder in Zahlung gegeben noch genommen werden dürfen. — Der Kaiser vollzog am 22. März das Vogelschutzgesetz und die Novelle zum Blei- und Zinkgesetz.

Berlin. Aus den überschwemmten Gebieten kommen fortgesetzt trübe Meldungen. Während die „Kieler Ztg." den Tod von 16 Pionieren dementirt, meldet die „Ratzeb. Ztg." direkt aus Lauenburg: Bei Lenzen wurden 14 Garde-Pioniere getödtet. Eine Mine wollte nicht losgehen, die Pioniere näherten sich und durch Explodiren der Mine wurden alle 14 in die Elbe geschleudert. — Die ganze rechtsseitige Nogatniederung, einschließlich der niedrigen Stadttheile von Elbing, ist überschwemmt, nur wenige Orte bei Marienburg sind noch frei. Der Menschenverlust ist noch nicht festgestellt. — Das Hochwasser der Warthe durchbrach an der polnischen Grenze bei Sczizonowo den Damm und richtete große Verheerungen an. Ein großer Theil der Altstadt Posens ist überschwemmt.

Finsterwalde. Auf der Anschlußbahn von Zschipkau entgleiste gestern ein Personenzug und stürzte in Folge Dammunterspülung die Böschung herab. Hierbei wurden 4 Personen getödtet, 5 schwer und viele leicht verletzt.

Paris. Der Präsident Carnot unterzeichnete auf den Antrag des Kriegsministers nach vorgängiger Berathung des Ministerrathes ein Decret, wodurch Boulanger entsprechend dem einstimmigen Gutachten des Untersuchungsrathes von amtswegen mit Pension in den Ruhestand versetzt wird. — Der Commandant des französischen Mittelmeer-Geschwaders erklärt in seinem Bericht, von dem Geschwader sei kein Schuß nach der Richtung des italienischen Schiffes „Solferino" abgegeben worden. — In seiner Vertheidigungsrede sagte Boulanger: „Ich halte auf die Meinung der Kameraden, die mit mir gekämpft haben und in deren Mitte ich mich morgen jenseits des Rheins befinden möchte. Man spricht von meiner Politik, ich habe keine. Ich habe nur Ekel und Unwillen über gewisse Dinge, die ich in der Nähe gesehen. Ich gehöre keiner Partei an und bin nichts als Soldat."

Petersburg. Im Gespräch mit dem Berliner Correspondenten der „Nowoje Wremja" äußerte Graf Schuwaloff, Niemand bedrohe Rußland, am allerwenigsten Deutschland. Ein russischer Angriff auf österreichisches Gebiet allein würde Deutschland zur Vertheidigung Oesterreichs drängen. Rußland müsse eine unabhängige, abwartende Haltung verfolgen, sich aber für alle Eventualitäten vorbereiten.

Berliner Börse. Anfangs machte sich im Anschlusse an verschiedene in Umlauf gesetzte Gerüchte über einen Schlaganfall des Reichskanzlers, welche jedoch keine Bestätigung fanden, Realisationslust bemerkbar. Das Geschäft entwickelte sich ziemlich erregt, im Vordergrunde standen Bank-Aktien. Oesterreichische Bahnen waren ziemlich behauptet, Duxer etwas fester. Schweizer Bahnen waren ruhig und unverändert, Bergwerke blieben fest und gestalteten sich besser. Im späteren Verlaufe veranlaßten erneute, durch Prämien-Erklärung hervorgerufene lokale Deckungen eine generelle Befestigung, wovon vorzugsweise Bank-Aktien, Egypter, Russenwerthe und Mecklenburger profitirten. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen ruhig, österreichische wurden vernachlässigt, Schweizer Bahnen waren still. Banken blieben fest, Montanwerthe wurden gefragt, Industriepapiere waren lebhaft bei fester Tendenz. Deutsche Fonds waren ziemlich fest, und österreichische Prioritäten behaupteten sich. Privatdiskont 2 Prozent.

Frankfurt a. M., 27. März. Credit 215⅞. Staatsbahn 172⅜. Lombarden —,—. Galizier 172½. Egypter 78,00. 4proc. Ungar. Goldrente 76,75. Diskonto 193,80. 5er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Fest.

Wien, 27. März. Credit 270,75. Staatsbahn 215,40. Lombarden 73,00. Nordwestb. 158,00. Marknoten 62,35. Ung. Credit 272,51. Ruhig.

Paris, 27. März. (Schluß.) Rente 82,07. Anleihe 107,00. Italiener 94,55. Staatsbahn 432,50. Lombarden 162,50, do. Prioritäten —,—. Spanier 67,84. Egypter 396,87. Ottomanen 505,00. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

London, 27. März. Vormitt. 11 Uhr 10 Min. Consols 101⅞. 1873er Russen 92½. Italiener 93⅞. Lombarden 6⅝. Conv. Türken 13⅝. 4proc. fundirte Amerikaner 127½. 4proc. Ungar. Goldrente 76½. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 106. Egypter 78⅞. Neue Egypter 103. Garant. Egypter 103½. Ottomanbank 10⅞. Suez-Actien 84½. Spanier 67⅝. Konf. Mexik. äußere Anleihe 5⅝, Agio. — Stimmung: Fest. — Wetter: Nebelig.

Paris (Produkten). 27. März. (Schluß.) Weizen per März 23,60, per Mai-August 23,60, ruhig. Spiritus per März 46,00, per Septbr.-Decbr. 45,00, behauptet. Rüböl per März 51,00, per Septbr.-Decbr. 53,00, behauptet.

Amsterdam, 27. März. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 196, Roggen per März —, per Mai 105.

Lokales und Sächsisches.

— Zur Verabschiedung Sr. Majestät des **Königs,** der unter dem Namen eines Grafen von Planen reist, hatten sich vorgestern Abend auf dem böhmischen Bahnhofe eingefunden: Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg, Friedrich August, Johann, Max und Prinzessin Mathilde. Ferner umstanden den von Herrn Transportinspektor Bahmann begleiteten Zug die Herren: Oberstallmeister v. Ehrenstein, Kreishauptmann v. Koppenfels, Polizeipräsident Schwauß, Kammerherr v. Schönberg, Hofmarschall Freiherr v. Gutschmid, Major v. Oër, Polizeihauptmann Rehthoff v. Holderberg, Hauptmann Freiherr v. Wagner und Hofdame Gräfin Vitzthum und Freiin v. Gärtner. Der Zug, der erst ab Reichenbach Courierzug ward, ging über Hof, München, Mori nach Riva.

— Die gestern erwähnte Particularaudienz, in der Se. Maj. der **König** den Königl. preuß. Gesandten Graf v. **Dönhoff** empfing, hatte die Ueberreichung des Schreibens Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen, durch welches der Regierungsantritt notifizirt wird, sowie das neue Beglaubigungsschreiben für den Gesandten selbst zum Zwecke.

— Das bisher am 2. Osterfeiertag üblich gewesene **Hofconcert** fällt diesmal, infolge der Abwesenheit der Majestäten weg.

— Oberlehrer Hofrath Dr. Johannes **Jakob** erhielt das Ritterkreuz 1. Kl. des Albrechtsordens.

— Prinzessin Sophie von **Schleswig-Holstein,** Durchl., reiste gestern Vormittag nach Schloß Primkenau in Schlesien, um dort den Sommer zu verbringen.

— Zum Bürgermeister von **Stolpen** wurde Assessor **Dr. Haubold** aus Altenburg gewählt.

— **Landtag.** Um das noch unbedingt zu erledigende Berathungsmaterial zum Abschluß zu bringen und die üblichen Formalitäten zu erledigen, mußten beide Kammern gestern mehrere Sitzungen abhalten. In der **ersten Kammer** berichtete Landesältester von Zezschwitz über die Vorlage behufs Verlegung des botanischen Gartens auf das neben dem Großen Garten gelegene Areal und beantragt Namens der Finanzdeputation Bewilligung der geforderten 500,000 Mk., desgl. Zustimmung zu dem mit der Stadtgemeinde Dresden abgeschlossenen Kaufvertrag, unter der Voraussetzung, daß, bez. nach entsprechender Abänderung desselben, der Stadtgemeinde Dresden damit kein Anspruch an den Staat auf Erhaltung eines botanischen Gartens auf dem fraglichen Grundstück zugestanden wird, dem Staat keine dringliche Beschränkung des fiskalischen Eigenthums am Großen Garten aus einer Verpflichtung zu jeweiliger Einräumung von Theilen desselben zu Ausstellungszwecken auferlegt wird, und es sich bei Befürwortung um Aufhebung des Bauverbots, welches auf den Parcellen Nr. 232 und 240 liegt, nicht um Erlangung bedingungsloser Aufhebung handelt, sondern nur um Zulassung der für Ausstellungszwecke im Ausstellungspark und für den botanischen Garten erforderlich werdenden Gebäude. Ferner wird beantragt, die Petition des Handelsgärtners Lehmann in Striesen für erledigt zu erklären. Nachdem Graf Rex erklärt, daß er das in Frage stehende Areal für ganz besonders geeignet halte, sowohl wegen seiner Bodenbeschaffenheit als der geschützten Lage wegen, wird der Dep.-Antrag gegen 1 Stimme zum Beschluß erhoben. Bezüglich der Petitionen um Gewährung von Pensionsberechtigung an die Berufsbeamten der der Städteordnung für mittlere und kleinere Städte und der revid. Landgemeindeordnung unterstehenden Gemeinden, über welche Bürgermeister Heinrich Bericht erstattet, beantragt die Deputation Uebergabe zur Erwägung. Abg. Wecke äußert sein Bedenken gegen dieses Votum und kann sich nicht dafür erwärmen, die Angelegenheit den Gemeinden obligatorisch aufzubürden, während Dr. Küstner für den Dep.-Antrag eintritt und auf die Nothlage hinweist, in welcher sich bei den jetzigen Verhältnissen nicht nur die Beamten, sondern auch die Gemeinden selbst befänden. Bürgermeister Beutler constatirt, daß nach Ansicht der Deputation eine Staatsbeihilfe an die Gemeinden ausgeschlossen bleiben soll. v. Böhlau wendet sich gegen den Dep.-Antrag und stellt einen Antrag auf Uebergabe zur Kenntnißnahme. Oberbürgermeister Georgi bekämpft diesen Antrag, indem er sich mit Wärme für die Petitionen verwendet. v. Friesen hofft gleichfalls die Wünsche der Petenten erfüllt zu sehen und betont, daß gerade die kleinen Gemeinden unter den jetzigen Verhältnissen zu leiden haben. Wecke's Ansicht widerspreche dem Prinzip der sozialen Gesetzgebung. In demselben Sinne sprechen sich Oberbürgermeister André, v. Trützschler und Frhr. v. Burgk aus, während Graf Könneritz sich für den Antrag Böhlau erklärt im Hinblick auf die ohnehin schon bedeutenden Gemeindelasten. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz versichert, die Petition werde mit Wohlwollen in Erwägung gezogen werden, obwohl es leichter sei, die Angelegenheit zur Erwägung zu empfehlen und diese Erwägung zuzusichern, als ein Gesetz vorzulegen, welches allen Anforderungen gerecht werde. Schließlich gelangt der Dep.-Antrag gegen 6 Stimmen zur Annahme. — In der Vormittagssitzung der **zweiten Kammer** berichtete Abg. Uhlemann-Görlitz über die durch die Beschlüsse der Kammer vorgenommenen Abänderungen des Etats und beantragt, den Reservefonds in der Höhe von 541,414 Mk. einzustellen, das Finanzgesetz aber mit 83,358,134 Mk. (gegen 80,173,432 Mk. des Voranschlags) jährlichen Zuschüssen und

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck kauft man vortheilhaft bei E. Kreinsen, Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse.

SLUB
Wir führen Wissen.